

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



## Eröffnung des Landtages durch Erbprinz Hans Adam

Der neugewählte Landtag tritt heute vormittag zur konstituierenden Sitzung zusammen

(G.M.) - Erstmals in der Geschichte Liechtensteins tritt heute ein Landtag zur Eröffnungssitzung zusammen, der aus 25 Abgeordneten besteht. Mit der Vergrößerung des Parlaments verbindet sich die Hoffnung, dass der Legislative in Zukunft gegenüber der Regierung wiederum ein stärkeres, eigenständigeres Gewicht zukommt. Die zahlenmässige Ausweitung des Landtags bildet einen ersten Schritt im Rahmen der schon seit Jahren geforderten Parlamentsreform, der möglichst rasch weitere Schritte folgen sollen und müssen.

Der Landtag wird Jahr für Jahr vom Staatsoberhaupt eröffnet, das in dieser Funktion seine Thronrede hält und dabei traditionell auf Schwerpunkte der Politik eingeht oder auf Schwachstellen der Politik hinweist. Im Gegensatz zu Fürst Franz Josef II., der in seinen Thronreden jeweils eine breite Palette politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder gesellschaftlicher Fragen anschnitt, beschränkte sich Erbprinz Hans Adam in seinen bisherigen Thronreden weitgehend auf den ausserpolitischen Bereich, bei dem er insbesondere die Stellung Liechtensteins gegenüber der UNO hervorhob. Seine im letzten Jahr geäusserte Hoffnung, dass hinsichtlich eines Beitritts Liechtensteins zur UNO «ein Schritt in die richtige Richtung» gesetzt werde, ist bislang enttäuscht worden, so dass anzunehmen ist, dass er auch in diesem Jahr auf die Notwendigkeit dieses ausserpolitischen Schrittes hinweisen wird.

Einen Teil seiner Ausführungen widmete Erbprinz Hans Adam im vergangene

nem Jahr dem innenpolitischen Verfahren im Fall eines liechtensteinischen UNO-Beitritts. Seine damalige Auffassung, dass noch nicht geklärt sei, ob der Landtag oder die Bevölkerung abschliessend über diese Frage zu befinden habe, ist inzwischen von der Regierung in einem Bericht geklärt worden. Wie bereits vorher schon namhafte Juristen aus den Bestimmungen der Verfassung die Schlussfolgerung gezogen hatten, dass eine Mitbestimmung des Volkes beim Abschluss von Staatsverträgen ausgeschlossen sei, teilte die Regierung in ihrem Bericht mit, die Kompetenz zum UNO-Beitritt liege beim Landtag. Das Parlament ist nach dieser Darstellung auch nicht befugt, wie aus den Bestimmungen der Verfassung hervorgehe, über einen Beitritt Liechtensteins eine Volksabstimmung zu veranlassen.

### Staatsvertragsreferendum vor Abstimmung

Der Satz im Regierungsbericht «Das Staatsvertragsreferendum ist der liechtensteinischen Verfassung fremd» veranlasste die Freie Liste, eine Volksinitiative in die Wege zu leiten, nach deren gültigem Zustandekommen an diesem Wochenende über die Einführung des Staatsvertragsreferendums in einem Verfassungszusatz entschieden wird. Sollten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein verstärktes Mitspracherecht in ausserpolitischen Fragen mit dieser Abstimmung fordern, wie das die Initianten des Staatsvertragsreferendums beabsichtigen, so dürfte die Regierung nicht darum herum

kommen, die formulierten Zuständigkeiten im Bereich des UNO-Beitritts in ihrem Bericht neu zu formulieren. Erbprinz Hans Adam erklärte in seiner letztjährigen Thronrede dazu, die Verfassungsbestimmungen deuten darauf hin, dass die Mitwirkung des Volkes bei der Aussenpolitik nicht erwünscht gewesen sei, als man die Verfassung niederschrieb. Nach seiner Auffassung würde es aber trotzdem der Verfassung widersprechen, wenn man das Volk grundsätzlich von jeder ausserpolitischen Entscheidung ausschliessen würde: «Da die ursprünglichen Träger der Staatsgewalt Fürst und Volk sind, würde es wohl gegen den Sinn der Verfassung verstossen, wenn Fürst und Landtag einen Staatsvertrag gegen den Willen des Volkes verabschieden, der z.B. die direkte Demokratie in wesentlichen Punkten einschränkt.»

### Parlamentsreform immer noch wichtig

Der neue Landtag, der am Samstag vormittag erstmals zusammentritt, wird sich mit solchen Fragen zweifellos bald zu beschäftigen haben. Nicht weniger wichtig für das neugewählte Parlament in vergrößerter Zusammensetzung aber dürfte die Weiterführung der Parlamentsreform sein. Der Landtag wurde zahlenmässig verstärkt, eine Kommission des Landtags befasste sich in den letzten Monaten mit weiteren Fragen wie etwa die Einrichtung eines Sekretariats für Parlament und Parlamentarier, doch harren noch zahlreiche andere Probleme einer Lösung. Entscheidend für die Zukunft unseres Parlamentarismus wird sein, wie weit sich der Landtag wider als eigenständige Kraft gegenüber Regierung und Verwaltung zu etablieren vermag. Die Anzeichen dafür sind nicht gerade vielversprechend, wenn man an die Verhinderung einer Untersuchungskommission im Fall «Staatsgerichtshof» durch die Mehrheitspartei im Landtag denkt. Aber auch eine kleine Hoffnung kann genügen, wenn der entsprechende Wille zur Veränderung und Verbesserung vorhanden ist.

## Durchlauchter Landesfürst herzlichen Glückwunsch zum Namenstag

Morgen Sonntag, am Fest des Heiligen Josefs, feiert unser Landesfürst, S.D. Fürst Franz Josef II., seinen Namenstag. Zu diesem Fest wünschen wir ihm alles Gute, noch lange eine gute Gesundheit, Wohlergehen und Gottes Segen.

Liechtenstein ist eines der wenigen Länder, das den 19. März noch als Josefstag und damit als Feiertag begeht.

Dieses Jahr fällt der Josefstag auf einen Sonntag, so dass die Besinnung auf den Heiligen Josef, die Heilige Familie und

auch auf die anderen Heiligen noch leichter fällt.

Der Heilige Josef wird in der Kirche als mächtiger Fürbitter und Helfer in allen Nöten sowie als Schutzpatron für die Familien und des werktätigen Volkes verehrt.

Der Josefstag wird in unserem Land auch als Vatertag gefeiert. Wir wünschen S.D. Fürst Franz Josef II. für den Vatertag und den Namenstag den Segen Gottes, verbunden mit der Hoffnung, dass unser verehrter Landesfürst noch manche Jahre diesen Tag mit uns feiern kann.

## Strassenschlachten in Zürich

Zürich (spk) Heftige «Gefechte» haben sich Polizei und Demonstranten in Zürich geliefert. Demonstriert wurde am Donnerstagabend gegen die Wohnungsnot in der Limmatstadt. Kundgeber bewarfen die Beamten mit Flaschen, die Polizei ihrerseits setzte Tränengas und Gummischrot ein. Bereits zum dritten Mal innert kurzer Zeit wurde gegen den fehlenden (günstigen) Wohnraum demonstriert.

Die Zahl der unruhigen Donnerstagabende ist um einen vermehrt worden. Ausgangspunkt war eine vom Mieterverband der Stadt Zürich organisierte Veranstaltung gewesen. Daran teilgenommen hatten Stadtrat und Finanzvorstand Willi Küng - seinem Amt sind die städtischen Liegenschaften unterstellt -, der Vertreter einer Immobiliengesellschaft sowie der Sekretär des städtischen Mieterverbandes, Poch-Gemeinderat Niklaus Scherr.

Wenig Erspriessliches war während der Debatte zum Thema zu erfahren, zuviel Unruhe herrschte unter den rund 250 Leuten im Saal. Scherr gelang es, kurz bevor die Veranstaltung abgebrochen werden musste, bei der Polizei eine Demonstrationbewilligung zu erhalten. Die Polizei markierte Präsenz, war aber zurückhaltend. Sie griff erst ein, als der Zug von der bewilligten Demonstrationroute abwich.

Nach Polizeiangaben waren rund 300 Demonstranten am Zug beteiligt, die auf die Wohnungsnot in Zürich aufmerksam machen wollten.

## Konvention gegen Ausfuhr von Sonderabfällen

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille an der Umweltkonferenz am Montag in Basel

(G.M.) - Giftmüll soll künftig nicht mehr in Länder exportiert werden, die aufgrund ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation auf Finanzmittel angewiesen sind. In Basel beginnt am Montag eine internationale Umweltkonferenz, die eine Konvention gegen Giftmüll-Exporte verabschieden soll. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der in Begleitung von Theo Kindle, dem Leiter des Amtes für Gewässerschutz, nach Basel reist, wird diese Konvention für unser Land unterzeichnen.

Das Abkommen wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ausgearbeitet, wobei sich Expertengruppen zur Ausarbeitung der Konvention in Budapest, Genf, Caracas und Luxemburg trafen. Zur Unterzeichnung der Konvention sind rund 160 Staaten nach Basel eingeladen worden. Das Abkommen geht von den Grundprinzipien eines ökologischen Umgangs mit den Abfällen aus, insbesondere der Verminderung

der Abfälle, der sicheren Entsorgung möglichst nahe am Entstehungsort sowie einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit speziell auch mit den Entwicklungsländern.

Der schweizerische Bundesrat Flavio Cotti äusserte sich als Gastgeber der Konferenz optimistisch über die Erfolgchancen. Nach seinen Kontakten mit Botschaftern von Ostblock- und Dritt-Welt-Staaten gehe er davon aus, dass viele Länder diese Konvention unterzeichnen würden. Bedenken, die Finanzabhängigkeit der Dritt-Welt-Länder könne den Sinn der Konvention unterlaufen, teilte Bundesrat Cotti gemäss Berichten einer Nachrichtenagentur nicht. Die in der Konvention enthaltene Auflage, dass der Giftmüll umweltgerecht entsorgt werden müsse, werde ein Unterlaufen verhindern.

Der Handel mit gefährlichen Abfällen läuft nach Darstellung der Schweizerischen Depeschagentur vielfach über

Briefkastenfirmen in der Schweiz. Laut Angaben von Greenpeace wurden zwischen 1986 und 1988 mehr als sechs Millionen Tonnen Abfall von Industrieländern in weniger entwickelte Staaten der Dritten Welt oder in Ostblock-Länder transportiert. Nach diesen Angaben sind über 150 Unternehmen in diesem zweifelhaften Handel mit Abfällen weltweit tätig.

Die illegalen Verschiebungen verlaufen nach Berichten der Schweizerischen Depeschagentur in der Regel nach dem gleichen Schema ab: Spezialisierte Firmen kaufen den Sondermüll zu lächerlich tiefen Preisen auf. Sie vereinbaren Exportverträge mit den Empfängerländern, wobei die Abfalllieferanten nicht in Erscheinung treten würden. Viele Importländer verfügen nicht über die nötigen Entsorgungsanlagen, akzeptierten jedoch den Auftrag, weil sie dringend auf ausländische Devisen angewiesen seien.

## Eierschwindel vermutet

Zürich (AP) Die Konsumenten-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung (KAG) vermutet einen Deklarationschwindel bei sogenannten Bodenhaltungs- und Freilandeiern. Bei Stichproben-Untersuchungen solcher Eier von mehreren Läden in Zürich und St. Gallen seien mit Ultraviolettlampen (UV-)Lampen auf den Schalen charakteristische Abdrücke von Käfiggittern entdeckt worden, wie sie für Batterieeier typisch seien, sagte KAG-Sprecher Heinz-Peter Studer an einer Pressekonferenz vom Freitag in Zürich.

Bei der Stichprobe wurden 1040 Eier untersucht, wie Studer sagte. Davon hätten insgesamt 182 als Bodenhaltungs- oder Freilandeiern angepriesene Eier Abrollringe oder parallele Linien und Striche mit einem Abstand von jeweils 25 bis 28 Millimetern aufgewiesen, wie sie bei Batterieeiern charakteristisch seien.

## Streiks behindern Oster-Tourismus

Madrid (spk/dpa) Spanien-Reisende müssen sich vor Ostern auf eine Reihe von Streiks im Transportsektor einstellen. Den Auftakt machte am Freitag die staatliche Eisenbahn, bei der zwei Tage fast alle Züge stillstehen. Der Ausstand soll am 6. und 7. April wiederholt werden, falls es bis dahin in den Lohntarifverhandlungen nicht zu einer Einigung kommt.

Der Böhnerstreik trifft auch die SBB. Der Zug «Hispania» kehrt in den Nächten auf Freitag und Samstag nur bis/ab Cerbère verkehren. Der Zug «Catalan - Talgo» fahre am Freitag und Samstag nur bis/ab Avignon mit Umsteigemöglichkeiten bis Cerbère, teilten die SBB bereits am Donnerstag mit.

Durch Streik in Mitleidenschaft gezogen wird erneut die Fluggesellschaft Iberia, bei der sich der seit Jahresbeginn schwelende Konflikt mit den Wartungstechnikern fortsetzt.

## US-Regierung komplett

Washington (AP) Zwei Monate nach Amtsantritt von US-Präsident George Bush scheint seine Regierungsmannschaft nun vollständig zu sein: Der Streitkräfteausschuss des Senats empfahl am Donnerstag einstimmig, Richard Cheney als Verteidigungsminister zu bestätigen. Der Aussenpolitische Ausschuss hiess zugleich die Ernennung von Lawrence Eagleburger zum stellvertretenden Aussenminister ebenfalls ohne Gegenstimme gut.

Eagleburger war von 1981 bis 1984 Leiter der Europa-Abteilung und Unterstaatssekretär im Aussenministerium. Wegen seiner Geschäftsverbindung zu der international arbeitenden Beraterfirma von Exaussenminister Henry Kissinger war er im Senat harten Fragen ausgesetzt. Der Ausschuss stimmte jedoch seiner Ernennung zum Stellvertreter von James Baker mit 19 Stimmen ohne Gegenstimme zu.

## EG-EFTA-Treffen

(pafl) - Auf Initiative des spanischen Aussenministers Francisco Fernandez Ordonez, derzeit Präsident des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft, treffen sich am 20. März 89 Minister aller EG- und EFTA-Staaten in Brüssel zu einem informellen Meinungsaustausch.

Liechtenstein wird an diesem wichtigen Treffen von Regierungschef Hans Brunhart vertreten. Er wird begleitet von Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, und lic. rer. pol. Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten.

Nach den beiden letzten Treffen von EG- und EFTA-Ministern in Luxemburg 1984 und Brüssel 1988, wird es erneut darum gehen, die Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EG und der Freihandelszone zu analysieren; dabei wird das soeben zu Ende gegangene EFTA-Gipfeltreffen von Oslo wesentlich zur Diskussion beitragen.

SIE WERDEN AUGEN MACHEN

federer  
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN  
GRÖNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818

Schöner arbeiten mit LISTA

Center  
A BECK AKTIVNEBELLSCHAFT  
NEULAND, PL. SAAS TRUDEN  
TELEFON 075/8 83 77